



Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Frauen

Zehn Jahre berufliche Erstausbildung in Brandenburg

Bilanz und Perspektiven der
Förderkonzeption des Landes

Reihe Forschungsberichte Nr. 24



Gefördert aus Mitteln
des Europäischen Sozialfonds

Herausgeber:

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Frauen des Landes Brandenburg**

Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

www.masgf.brandenburg.de

Titelgestaltung: schütz & co. Werbeagentur GmbH, Berlin

Druck:

Auflage: 650 Stück

September 2004

ISSN 1432-8445

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Brandenburgischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht so verwendet werden, dass es als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer einzelnen Mitglieder zu verwenden.

Die Meinung der Autoren muss sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken.

**„Zehn Jahre berufliche Erstausbildung im Land
Brandenburg – Bilanz und Perspektiven der Förder-
konzeption des Landes“**

Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Frauen
des Landes Brandenburg

Abschlussbericht

Bearbeitung

Wilma Frank

Lydia Heller

Nele Heß

Rita Müller

Prof. Dr. Barbara Riedmüller

Dr. Sandra K. Saeed

Dr. Karsten Schuldt

Teltow, im Jahr 2003

Autoren

Wilma Frank (PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung), Lydia Heller (FU Berlin), Nele Heß (ISA Consult), Rita Müller (BBJ Consult), Barbara Riedmüller (FU Berlin), Sandra Saeed (ISA Consult), Karsten Schuldt (PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung)

Gliederung

Vorbemerkung	8
1 Einleitung – Untersuchungsgegenstand, Aufgabenstellung sowie methodisches Vorgehen	17
2 Normative Ziele der Förderung beruflicher Erstausbildung – Schlussfolgerungen für die Evaluierung und gutachterliche Bewertungsmaßstäbe	18
3 Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Land Brandenburg 1990-2002 im sozioökonomischen Kontext	23
3.1 Eckdaten zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Land Brandenburg	23
3.1.1 <i>Die gemeldete Nachfrage der Brandenburger Jugend nach Ausbildungsstellen</i>	23
3.1.2 <i>Das gemeldete Angebot an Ausbildungsstellen im Land Brandenburg</i>	26
3.1.3 <i>Entwicklung von Angebots-Nachfrage-Relationen</i>	27
3.1.4 <i>Ausbildungsbilanzen der letzten Dekade</i>	28
3.1.5 <i>Die tragenden Säulen des (Dualen) Ausbildungssystems im Land Brandenburg</i>	30
3.1.6 <i>Ausbildungsangebot, Ausbildungsnachfrage und Ausbildungsbilanz im ostdeutschen Ländervergleich</i>	35
3.1.6.1 INFORMATIONEN AUS DEM IAB-BETRIEBSPANEL.....	35
3.1.6.2 DIE BERUFSBERATUNGSSTATISTIK DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT	36
3.1.6.3 ERGEBNISSE DER BERUFSBILDUNGSSTATISTIK DER ZUSTÄNDIGEN STELLEN	38
3.1.7 <i>Erste Erklärungsmuster für das ungünstige Abschneiden Brandenburgs im Ranking der neuen Bundesländer</i>	40
3.1.7.1 ÜBERDURCHSCHNITTLICHER NACHFRAGEDRUCK VERSCHÄRFT DIE PROBLEMLAGEN	40
3.1.7.2 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE WACHSTUMSSCHWÄCHE BEGRENZT DAS ANGEBOT AN BETRIEBLICHEN AUSBILDUNGSPLÄTZEN	42
3.2 Die sozioökonomische Entwicklung im Land Brandenburg seit 1990 – Identifizierung von drei Entwicklungsphasen mit spezifischen Implikationen für den Ausbildungsstellenmarkt.....	46
3.2.1 <i>1. Phase: Transformationskrise und (erster) Strukturwandel</i>	47
3.2.2 <i>2. Phase: Konsolidierung durch vorrangig bauinduzierte Effekte</i>	49
3.2.3 <i>3. Phase: Stagnation und zweite Anpassungskrise</i>	50

4	Ausbildungspolitiken im Land Brandenburg: Die Brandenburger Konzeption zur Förderung der beruflichen Erstausbildung sowie deren Verortung im bundespolitischen Kontext und in Bezug auf die Interventionen weiterer Akteursebenen.....	52
4.1	Zur Entwicklung der Ausbildungspolitiken seit 1990.....	52
4.1.1	<i>Interventionen zur Förderung der beruflichen Erstausbildung im Überblick</i>	<i>52</i>
4.1.2	<i>Die Entwicklung der Brandenburger Förderkonzeption im Zeitverlauf.....</i>	<i>55</i>
4.1.2.1	SYNOPSIS DER BRANDENBURGER PROGRAMME ZUR FÖRDERUNG DER BERUFLICHEN ERSTAUSBILDUNG.....	56
4.1.2.2	ZUR GENESE DER BRANDENBURGER FÖRDERKONZEPTION – ERGEBNISSE EINER POLICY-ANALYSE	61
4.2	Zur äußeren Relevanz und inneren Konsistenz der Brandenburger Förderkonzeption.....	80
4.2.1	<i>Bewertung der äußeren Relevanz</i>	<i>80</i>
4.2.2	<i>Einschätzung der inneren Konsistenz</i>	<i>84</i>
5	Analyse und Bewertung von Steuerung sowie Administration der Förderprogramme zur beruflichen Erstausbildung.....	87
5.1	Steuerung der Förderkonzeption im Spiegel der Policy-Analyse.....	87
5.2	Programmadministration nach Förderkomponenten.....	93
6	Analyse und Bewertung von Inanspruchnahme, Akzeptanz sowie Ergebnissen und Wirkungen der Brandenburger Förderprogramme zur beruflichen Erstausbildung	94
6.1	Inanspruchnahme und Akzeptanz der Brandenburger Förderprogramme	95
6.1.1	<i>Förderfallzahlen und Fördervolumen im Überblick</i>	<i>95</i>
6.1.2	<i>Akzeptanz der einzelnen Förderkomponenten</i>	<i>97</i>
6.2	Die Diffusion der Brandenburger Förderprogramme – Strukturanalyse nach Regionen, Wirtschaftsbereichen, Berufen und Akteuren sowie teilnehmerbezogenen Merkmalen	100
6.2.1	<i>Regionale Verteilung</i>	<i>100</i>
6.2.2	<i>Wirtschafts- und berufsstrukturelle sowie akteursbezogene Aspekte der Programmdiffusion.....</i>	<i>102</i>
6.2.2.1	VERBUNDAUSBILDUNG.....	103
6.2.2.2	BETRIEBSNAHE AUSBILDUNG	106
6.2.2.3	KOOPERATIVES MODELL.....	109
6.2.3	<i>Soziodemographische Merkmale der Programmteilnehmer/-innen.....</i>	<i>112</i>
6.2.3.1	GESCHLECHT.....	112
6.2.3.2	SCHULISCHE VORBILDUNG	113

6.2.4	<i>Berufsstrukturelle Aspekte – Staatliche Förderung zwischen Bedarfsorientierung und mis-match</i>	114
6.2.4.1	ZU DEN BEWERTUNGSMASSTÄBEN	114
6.2.4.2	BEFUNDE UND BEWERTUNGEN.....	116
6.3	Qualitative Aspekte der Ausbildung: Bewertungen der Förderprogramme durch die Jugendlichen und weitere Befunde.....	121
6.3.1	<i>Zunehmend schlechtere Bildungsvoraussetzungen und abnehmende Berufsbildungsreife von Ausbildungsplatzbewerbern/-bewerberinnen als Problem des Brandenburger Ausbildungsmarktes?</i>	122
6.3.2	<i>Vorzeitige Vertragslösungen als Indiz von Ausbildungsqualität und Ausbildungszufriedenheit?</i>	126
6.3.3	<i>Prüfungsergebnisse</i>	128
6.3.4	<i>Ausbildungszufriedenheit junger Brandenburger/-innen im Spiegel von Befragungen</i>	132
6.3.4.1	ZU METHODE UND REPRÄSENTATIVITÄT DER ZUFRIEDENHEITSBEFRAGUNGEN	132
6.3.4.2	BEFUNDE	133
6.3.5	<i>Einschätzungen von Akteuren der beruflichen Erstausbildung und Experten/Expertinnen</i>	148
6.4	Perspektiven nach Abschluss der Ausbildung.....	152
6.4.1	<i>Exkurs: Die Arbeitsmarktsituation Brandenburger Jugendlicher</i>	152
6.4.1.1	STEIGENDE ARBEITSLOSIGKEIT VON JUGENDLICHEN VOR ALLEM AN DER 2. SCHWELLE	152
6.4.1.2	DIE SITUATION JUNGER FRAUEN AUF DEM ARBEITSMARKT: SPEZIFISCHE BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN ERZEUGEN VERGLEICHSWEISE GÜNSTIGES BILD	154
6.4.1.3	LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT VON JUGENDLICHEN BEWEGT SICH AUF ANHALTEND HOHEM NIVEAU.....	157
6.4.1.4	IDENTIFIZIERUNG VON RISIKOGRUPPEN	157
6.4.1.5	FOLGE VON JUGENDARBEITSLOSIGKEIT: STEIGENDE ABWANDERUNG VON JUNGEN MENSCHEN	159
6.4.2	<i>Analyse des Verbleibs von Jugendlichen nach Abschluss der Ausbildung</i>	160
6.4.2.1	BEFUNDE AUS DEM IAB-BETRIEBSPANEL.....	161
6.4.2.2	VERBLEIB JUNGER BRANDENBURGER/-INNEN NACH AUSBILDUNGSABSCHLUSS IM SPIEGEL VON BEFRAGUNGEN	162
6.5	Der Zusammenhang von Förderung und betrieblichem Ausbildungsengagement. 174	
6.6	Bewertung von Inanspruchnahme, Akzeptanz sowie Ergebnissen und Wirkungen der Brandenburger Förderprogramme: Ein Fazit.....	176
7	Exkurs: Untersuchungsergebnisse zu ausgewählten weiteren Aspekten der beruflichen Erstausbildung	180
7.1	Zur Akzeptanz des Dualen Systems.....	181
7.1.1	<i>Krise des Dualen Systems?</i>	181
7.1.2	<i>Zukunftsfähigkeit betrieblicher Berufsausbildung im Dualen System - Defizite und Reformpotenziale</i>	181

7.1.3	<i>Zusatzqualifizierung und Verzahnung von Aus- und Weiterbildung</i>	182
7.1.4	<i>Die Bedeutung der dualen Berufsausbildung aus Sicht der Schulabgänger/-innen</i>	183
7.1.5	<i>Unterschiedlicher Stellenwert der dualen Berufsausbildung in den alten und neuen Bundesländern</i>	186
7.1.6	<i>Zum Stellenwert der dualen Berufsausbildung nach dem Geschlecht</i>	187
7.1.7	<i>Individuelle Gründe für die Wahl einer dualen Berufsausbildung</i>	188
7.2	Organisationsformen der beruflichen Erstausbildung	190
7.2.1	<i>Lernortkooperationen in der beruflichen Bildung</i>	190
7.2.2	<i>Kooperation zwischen Betrieben und Schulen</i>	190
7.2.2.1	ZUSAMMENARBEIT UND FUNKTIONSZUWEISUNG	191
7.2.2.2	ZIELE VON LERNORTKOOPERATIONEN	191
7.2.2.3	MASSNAHMEFELDER FÜR LERNORTKOOPERATIONEN.....	192
7.2.3	<i>Kooperationsnetzwerke und Regionalentwicklung – Ausgewählte Projektbeispiele zur Erschließung von Ausbildungspotenzialen</i>	193
7.2.3.1	IT-BILDUNGSNETZWERK NEUE LÄNDER	193
7.2.3.2	AUSBILDUNG VON MECHATRONIKERN/MECHATRONIKERINNEN	194
7.2.3.3	NETZWERK IN DER FREIZEITWIRTSCHAFT.....	194
7.3	Zur Implementation neuer Ausbildungsberufe im Land Brandenburg	195
7.4	Konzepte und Programme der beruflichen Erstausbildung und Optionen zur Minderung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen	203
7.5	Spezifische Förderinstrumente für Risikogruppen – Brandenburger Erfahrungen mit berufspädagogischen Maßnahmen.....	208
7.5.1	<i>Untersuchungsgegenstand, Forschungsziel und Untersuchungsmethoden</i>	208
7.5.1.1	ZIELSETZUNG DER FÖRDERUNG	209
7.5.1.2	ZIELERREICHUNG	211
7.5.1.3	MITTELBEREITSTELLUNG	215
7.5.2	<i>Programmumsetzung und Wirkungskontrolle</i>	217
7.5.3	<i>Zusammenfassende Bewertung durch die Akteure</i>	217
7.5.4	<i>Fazit</i>	218
7.6	Kurz- und mittelfristige Entwicklungstrends am Ausbildungsmarkt – Demographische Falle und Fachkräftemangel als Zukunftsperspektive?	219
7.6.1	<i>Perspektiven von Nachfrage und Angebot am Ausbildungsmarkt bis zum Jahr 2015</i>	219
7.6.1.1	AUSGEWÄHLTE ASPEKTE DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG DER AUSBILDUNGSNACHFRAGE.....	219
7.6.1.2	AUSGEWÄHLTE ASPEKTE DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG DES AUSBILDUNGSANGEBOTES	229
7.6.1.3	ZUSAMMENSCHAU VON AUSBILDUNGSNACHFRAGE UND AUSBILDUNGSANGEBOT	240
7.6.2	<i>Droht ein Fachkräftemangel im Land Brandenburg? Bedeutet Nachwuchskräfte­mangel zwingend auch Fachkräftemangel?</i>	243

8	Handlungsempfehlungen für die künftige Förderung der beruflichen Erstausbildung durch das Land Brandenburg	247
	Literatur- und Quellenverzeichnis	253
	Verzeichnis der Anlagen.....	261

Vorbemerkung

1. **Untersuchungsauftrag** der vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg (MASGF) im Frühsommer 2001 in Auftrag gegebenen Studie „Zehn Jahre berufliche Erstausbildung im Land Brandenburg – Bilanz und Perspektiven der Förderkonzeption des Landes“ war es einerseits, eine fundierte Analyse der Strukturen und der Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt in Brandenburg zu erstellen. Andererseits war die Förderkonzeption des Landes zur Unterstützung der beruflichen Erstausbildung als Ganzes zu evaluieren, wobei es nicht um die vertiefte Untersuchung der einzelnen Förderkomponenten ging. Aus diesen Untersuchungen waren schließlich Handlungsempfehlungen für die künftige Gestaltung der öffentlichen Unterstützung der beruflichen Erstausbildung im Land abzuleiten.
2. Auf einem Workshop wurden durch Experten/Expertinnen zunächst die Grundsätze und Ziele beruflicher (Erst-)Ausbildungspolitik im Allgemeinen und derjenigen Brandenburgs im Besonderen eruiert. Daraus wurden gutachterliche **Bewertungsmaßstäbe** und in Folge geeignete Zielindikatoren abgeleitet, die den Einschätzungen zu Erfolg bzw. Misserfolg der Brandenburger Förderkonzeption und seiner Komponenten zu Grunde gelegt wurden. Maßgebliche Bewertungsmaßstäbe für die Ausbildungspolitik des Landes Brandenburg sind danach:
 - der quantitative sowie qualitative Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt,
 - die Sicherung der Qualität der Ausbildung,
 - die Herstellung der Chancengleichheit am Ausbildungsmarkt sowie
 - die Sicherung einer nachhaltigen Infrastruktur der Berufsbildung (wobei diese nicht expliziter Gegenstand der Untersuchung war, der Vollständigkeit halber aber benannt werden soll).
3. Eine fundierte Analyse und Bewertung öffentlicher Interventionen muss neben programmspezifischen Untersuchungen auch den **sozioökonomischen Kontext** beachten. Diesbezüglich zeigten sich in der letzten Dekade folgende wichtige Entwicklungen.

Ursächlich für die seit Beginn der 90er Jahre stetig anwachsende Zahl der gemeldeten Ausbildungsplatzbewerber/-innen ist die demographische Entwicklung. Dem transformationsbedingten Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen standen somit geburtenstarke Kohorten der Geburtsjahrgänge 1977 ff. gegenüber. Dies führte insbesondere in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu erheblichen Verwerfungen bei den Einmündungsprozessen in das Berufsbildungssystem, also zu enormen Schwierigkeiten an der sogenannten ersten Schwelle. Die Untersuchung dieser und anderer sozioökonomischer Prozesse ist für die Analyse und Bewertung der Brandenburger Förderkonzeption deshalb von so großer Bedeutung, weil sich aus diesen spezifisch ostdeutschen bzw. brandenburgischen Entwicklungen Implikationen für die Situation von Jugendlichen an der ersten (und zweiten) Schwelle einerseits und für die entsprechenden Politikinterventionen andererseits ergeben.

Idealtypisch können drei unterschiedliche **sozioökonomische Entwicklungsphasen** identifiziert werden, die jeweils spezifische wirtschaftliche, arbeitsmarktliche, soziale, institutionelle, gesetzliche und andere Merkmale aufweisen und die jeweiligen Prozesse am Ausbildungsstellenmarkt maßgeblich determinieren:

- Transformationskrise und (erster) Strukturwandel (bis etwa 1993),
 - Konsolidierung durch vorrangig bauinduzierte Effekte (1994 bis 1995/96) sowie
 - Stagnation und zweite Anpassungskrise (seit 1996/97).
4. Eine Antwort auf das sich tendenziell immer ungünstiger entwickelnde Verhältnis von betrieblichen Ausbildungsplätzen und Ausbildungsplatzbewerbern/-bewerberinnen war die stetig wachsende öffentliche Förderung von Ausbildungsplätzen, um durch teilweise oder gänzlich öffentlich geförderte Plätze den nahezu kontinuierlichen Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu kompensieren. Volumen wie auch Art der Förderung folgten hierbei sowohl den sozioökonomischen Entwicklungsphasen, als auch der sich in diesem Zusammenhang verändernden **Ausbildungspolitik des Landes Brandenburg**. Diese war gekennzeichnet durch das konsensual getragene Ziel, primär einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu erzielen. Der Wille – und die Zusage – alle ausbildungswilligen sowie ausbildungsfähigen Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen, kann als Alleinstellungsmerkmal innerhalb der neuen Bundesländer betrachtet werden. Es wurde sukzessive zu einem auch von den Wirtschafts- und Sozialpartnern getragenen Leitprinzip politischen Handelns in Brandenburg.

Entsprechend der sozioökonomischen Entwicklung wurde das System der Förderung der beruflichen Erstausbildung im Laufe der Jahre stetig ausdifferenziert, wobei insbesondere in der ersten Hälfte der 90er Jahre die Förderrichtlinien der Programmkomponenten zum Teil in rascher Folge verändert und den Gegebenheiten angepasst wurden. Diese Modifizierungen waren die Folge von Haushaltsrestriktionen oder galten dem Bestreben, die Programmkomponenten – auch zur Vermeidung von Mitnahmeeffekten – zielgenauer und effizienter zu gestalten. Die Ausbildungspolitik des Landes Brandenburg lässt sich, ebenfalls idealtypisch, in drei **Entwicklungsphasen** einteilen, die unterschiedliche Schwerpunkte setzten:

- Sofortmaßnahmen und Aufbau von Implementationsstrukturen (1990-1992),
- Problemwahrnehmung und Qualitätsdebatte (1993-1996) sowie
- Qualitätsverbesserung bei steigendem Sparzwang (1996-2000).

Ihren Ausdruck fanden diese Politikphasen in einer **Förderkonzeption**, die die jeweils geltenden Rahmenbedingungen antizipieren sollte und grob als 4-Stufen-Modell abgebildet werden kann, wobei im Zeitverlauf die erste Stufe sukzessive zurückgefahren wurde:

Vier-Stufen-Modell der Brandenburger Förderkonzeption

1. Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze (Prämienförderung)

2. Förderung kooperativ-betrieblicher Ausbildung

Verbundausbildung
überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
überbetriebliche Berufsbildungsstätten
Modellprojekte

3. Förderung betriebsnaher Ausbildung

4. Förderung schulisch-kooperativer Ausbildung (Kooperatives Modell)

5. Unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens dieser Förderkomponenten sind in Bezug auf die eingangs formulierten Ziele einer aktiven Berufsbildungspolitik folgende **Programmwirkungen** festzustellen:

- Das Ziel des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt konnte nicht vollständig erreicht werden. Maßgebliche Indizien hierfür sind die sinkenden Einmündungsquoten und die ansteigenden Anteile von Altnachfragern/Altnachfragerinnen an den Ausbildungsplatzbewerbern/-bewerberinnen. Gleichwohl wurde die bestehende Lücke mit Hilfe der Förderung in relevantem Maße verringert.
- Das Ziel der Chancengleichheit am Ausbildungsmarkt wurde durch die Förderpraxis ebenfalls nicht umfassend verwirklicht. Zwar konnten insbesondere mit Hilfe der „Lückenschlussprogramme“ geschlechtsspezifische, regionale und soziale Verbesserungen gegenüber dem Status quo erreicht werden, die Prämienförderung und die Verbundausbildung trugen jedoch vielfach zur Bewahrung des Status quo bei. Zudem zeitigten die betriebsnahe Ausbildung und das Kooperative Modell auch nicht intendierte Wirkungen bezüglich besserer Chancengleichheit – beispielsweise sind finanzielle und Statusnachteile mit diesen Ausbildungsformen verbunden.
- Das Ziel der Sicherung der internen und externen Qualität der Ausbildung konnte teilweise befördert werden, es zeigten sich aber auch gegenläufige Wirkungen. Insbesondere bei den „Lückenschlussprogrammen“ treten kritische nichtintendierte Wirkungen im Hinblick auf die Bedarfsorientierung und Verwertbarkeit der Ausbildung auf. Positiv befördert hingegen wurde mehrheitlich die Ausbildungsqualität im engeren Sinne, insbesondere durch die Verbundausbildung.

6. Die auf umfangreichen Analysen, Erhebungen und Befragungen basierende **Bewertung der Brandenburger Förderkonzeption** führte zu folgenden Ergebnissen:

Unter dem Aspekt der äußeren Relevanz zeigt die Brandenburger Förderkonzeption ein ambivalentes Bild: So kann festgestellt werden, dass es als einzigem Förderprogramm der Verbundausbildung gelungen ist, neben der prekären Ausbildungssituation auch sozioökonomische bzw. wirtschaftsstrukturelle Aspekte aufzugreifen und fehlende Breite und Qualität in der betrieblichen Ausbildung durch kooperativistische Formen der Ausbildung auszugleichen. Im Hinblick auf die Schaffung von ausbildungspolitischen Alternati-

ven bleibt jedoch festzuhalten, dass ein umfangreicheres berufsfachschulisches Angebot den Druck auf das Duale System hätte verringern können. Bezogen auf Interventionen der Bundesebene ist die Verzahnung der Brandenburger Förderkonzeption ebenfalls differenziert zu bewerten. Den guten Abstimmungsprozessen in einigen Bereichen – so beispielsweise bei den Ausbildungsprogrammen Ost und bei der Arbeitsteilung mit der Bundesanstalt für Arbeit in der beruflichen Erstausbildung Behinderter – stehen weniger klare bundespolitische Initiativen an der sogenannten ersten Schwelle gegenüber, die teilweise zur Intransparenz der Förderlandschaft geführt haben.

Wird die Brandenburger Förderkonzeption unter dem Aspekt der inneren Konsistenz betrachtet, zielt sie in ihrer Gesamtheit auf alle wichtigen Ziele einer aktiven Berufsbildungspolitik ab, wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung. Der Schwerpunkt der politisch gewollten und fördertechisch umgesetzten Interventionen liegt auf dem Ziel des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage. Diesem Anspruch ordnen sich einzelne Ziele, die beispielsweise in den unterschiedlichen Förderkomponenten angelegt sind, eindeutig unter.

Bezüglich der einzelnen Förderkomponenten zeigt sich folgendes zusammenfassendes Bild. Bei Zusammenführung aller Aspekte der Zielerreichung (Tabelle) schneidet die Verbundausbildung unter allen Förderkomponenten am besten ab. Die nächstbeste Performance haben das Kooperative Modell und Prämienförderung. Die betriebsnahe Ausbildung schließlich schneidet am schlechtesten ab. Werden des Weiteren das Kosten-Nutzen-Verhältnis sowie die Steuerungsfähigkeit der einzelnen Förderkomponenten berücksichtigt, so ergibt sich folgendes Ranking: Verbundausbildung (Rangplatz 1), Kooperatives Modell und betriebsnahe Ausbildung (gemeinsam Rangplatz 2) sowie Prämienförderung (Rangplatz 3).

Ziele	Zielaspekte	Prämienförderung	Verbundausbildung	betriebsnahe Ausbildung	Kooperatives Modell
quantitativer und qualitativer Ausgleich von Angebot und Nachfrage	Verbesserung der betrieblichen Ausbildungskultur	○	+	○	○
	Versorgung aller ausbildungswilligen Jugendlichen	○	+	+	+
	Erhöhung der beruflichen und räumlichen Mobilität der Jugendlichen	○	○	○	○
Herstellung der Chancengleichheit	geschlechtsspezifisch	○	-	+	+
	regional	○	-	○	+
	sozial	○	○	+	+
	finanziell	○	○	-	-

Ziele	Zielaspekte	Prämienförderung	Verbundausbildung	betriebsnahe Ausbildung	Kooperatives Modell
Sicherung der internen und externen Qualität der Ausbildung	Ausbildungszufriedenheit der Jugendlichen	+	+	-	-
	Gewährleistung eines definierten „Lernkanons“	○	+	○	+
	formaler Ausbildungserfolg der Jugendlichen	+	+	○	○
	Bedarfsorientierung und berufsstrukturelle Effekte	○	○	-	-
Gesamtbewertung der Zielerreichung		++	+++	○	++
+ positiver Beitrag zur Zielerreichung ○ kein Beitrag/neutraler Beitrag zur Zielerreichung - negativer Beitrag zur Zielerreichung					

Hervorzuheben sind darüber hinaus folgende Einschätzungen zu den einzelnen Förderkomponenten:

Die Prämienförderung zeigt eine vergleichsweise geringe Profilierung und weist weder ausgesprochene Stärken, noch dezidierte Schwächen auf. Allerdings ist ein Auseinanderklaffen des formulierten Programmziels der Schaffung zusätzlicher und/oder neuer Ausbildungsplätze und deren fördertechnischer Stimulierung zu konstatieren. Die Fördervoraussetzungen waren zu weich gefasst und ermöglichten es konzeptionell nicht, die Balance zwischen Mobilisierungsanspruch und Minimierung oder Verhinderung von Mitnahmeeffekten zu halten. Die Prämienförderung war unter allen Förderkomponenten am wenigsten steuerbar. Dies gilt nicht nur in Bezug auf die Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungsplätze, sondern auch im Hinblick auf geschlechtsspezifische, regionale sowie sektorale Aspekte der Diffusion dieses Förderansatzes. Am besten schneidet die Prämienförderung hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Sicherung der internen und externen Qualität der Ausbildung ab. Die Prämienförderung ist zwar die kostengünstigste Förderkomponente, trägt aber kaum zum vorrangigen Ziel der Brandenburger Landesregierung – dem quantitativen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt – bei. Sie zeichnet sich durch ein eher ungünstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aus.

Die Verbundausbildung orientiert als einzige der analysierten Förderkomponenten auf zwei Förderziele gleichermaßen – auf die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten und auf die Verbesserung der Qualität der Ausbildung. Hierbei zeigt sie eine klare Profilierung: Während die Sicherung der internen und externen Qualität der Ausbildung die eindeutige Stärke der Verbundausbildung darstellt, sind ihr aufgrund der wirtschaftlichen Situation Grenzen hinsichtlich der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ge-

setzt. Hinsichtlich der angestrebten Ausbildungsplatzmobilisierung dürfte sie, nicht zuletzt aufgrund der geringen Förderhöhe, daher nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Verbundausbildung ist relativ gut steuerbar, allerdings muss ihr (mangelnder) Beitrag zur Herstellung der Chancengleichheit als – nicht intendierte – Schwäche bezeichnet werden. Unter Berücksichtigung der unterdurchschnittlichen Kosten verzeichnet die Verbundausbildung insgesamt das günstigste Kosten-Nutzen-Verhältnis aller Förderkomponenten.

Die Förderung im Rahmen der betriebsnahen Ausbildung als eines der beiden Hauptkomponenten der Ausbildungsplatzprogramme Ost zielt vornehmlich auf die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ab. Sie zeigt jedoch kein klares Profil und ist innerhalb der einzelnen Zielbereiche mitunter ambivalent. Die positivsten Beiträge leistet diese Förderkomponente zur Herstellung der Chancengleichheit und zur Versorgung aller ausbildungswilligen Jugendlichen, wozu die mit der betriebsnahen Ausbildung verbundene signifikante Kostenentlastung der in das Förderprogramm involvierten Betriebe maßgeblich beitragen. Als Schwäche kristallisiert sich der mangelnde Beitrag der betriebsnahen Ausbildung zur Sicherung der Qualität der Ausbildung heraus, hier können keine systematischen positiven Effekte erzielt werden. Nicht intendierte negative Effekte zeigen sich hinsichtlich der partiell fehlenden Bedarfsorientierung der betriebsnahen Ausbildung. Aufgrund der gewählten Förderkonstruktion ergeben sich jedoch quasi programmimmanent gewisse Mobilisierungs- und Kontrollmechanismen, die mobilisierende Wirkungen erzeugen und Mitnahmeeffekte zumindest verringern, wenn nicht gänzlich verhindern. Die betriebsnahe Ausbildung ist zwar grundsätzlich gut steuerbar, gleichwohl von der Akzeptanz seitens der Unternehmen abhängig. Insbesondere hinsichtlich der Struktur der geförderten zusätzlichen Ausbildungsplätze stößt diese Förderkomponente an ihre Steuerungsgrenzen. Angesichts der überdurchschnittlichen Kosten dieser Förderkomponente und den ambivalenten Wirkungen in den anderen Zielbereichen ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis als tendenziell ungünstig zu bewerten.

Das Kooperative Modell als zweite Hauptkomponente erweist sich, zumindest unter dem Fokus des Ziels der Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze, als die konzeptionell stringenteste aller Förderkomponenten: Jede im Rahmen des Kooperativen Modells geschaffene Ausbildungsmöglichkeit erlaubt es, einen Jugendlichen zusätzlich nach BBiG oder HwO auszubilden, Mitnahmeeffekte von Betrieben oder anderen Akteuren sind per se ausgeschlossen. Eine weitere Stärke dieser Förderkomponente ist die partielle Herstellung der geschlechtsspezifischen Chancengleichheit. In den anderen Zielbereichen ergeben sich teilweise gegenläufige Bewertungen – so muss die (partiell mangelnde) Bedarfsorientierung der Förderung als ein nicht intendierter Negativeffekt bezeichnet werden, auch der mit dieser Ausbildung verbundene Schüler/-innenstatus ist hinsichtlich der Chancengleichheit eher negativ zu bewerten. Die Sicherung der internen und externen Qualität der Ausbildung ist ambivalent zu beurteilen: Der grundsätzlich guten fachpraktischen Ausbildung steht eine mangelnde Praxiserfahrung gegenüber, die sich negativ auf die Einmündungschancen der Jugendlichen auswirkt. Das Kooperative Modell kann als öffentlich vollfinanziertes Programm auf die beste Steuerungsfähigkeit unter allen Förderkomponenten verweisen, wobei dies sowohl Umfang als auch Struktur der Förderung betrifft. Allerdings sind die Steuerungs- und Optimierungspotenziale hinsichtlich der berufsstrukturellen Ausrichtung der Förderung noch nicht ausgeschöpft. Unter Berücksichtigung der überdurchschnittlich hohen Kosten kommt das Kooperative Modell insgesamt auf ein ungünstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis.

7. Die erarbeiteten **Handlungsempfehlungen** für die künftige Gestaltung der Förderung der beruflichen Erstausbildung durch die Landesregierung Brandenburg richten sich nicht nur an die handelnden Akteure auf der Landesebene, sondern auch an andere – mit der Berufsbildung unmittelbar oder mittelbar befassten – Akteure. Vor dem Hintergrund des mittelfristig Raum greifenden demographischen Wandels lassen sich die Empfehlungen unter dem Leitbild „Risiken erkennen und Chancen nutzen – Plädoyer für eine qualitätsorientierte Förderung der beruflichen Erstausbildung“ subsumieren.

Als allgemeine Grundsätze für die künftige Förderung der beruflichen Erstausbildung werden empfohlen:

- Eine zukunftsorientierte Unterstützung der beruflichen Erstausbildung muss das Problem der Jugendarbeitslosigkeit an der 1. und 2. Schwelle (vor allem die Arbeits- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten) durch eine zielgerichtete Wirtschafts-, Struktur-, Finanz- und Regionalpolitik verbessern.
- Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Förderung der beruflichen Erstausbildung muss alle Ziele einer aktiven Berufsbildungspolitik gleichermaßen antizipieren. Mit- hin ist ein Mix geeigneter Komponenten und Instrumente zu konzipieren, der die Stärken der einzelnen Interventionen optimal miteinander verbindet.
- Der demographische Wandel – d. h. der Rückgang der Zahl der Schulabgänger/-innen sowie der Ausbildungsplatzbewerber/-innen und Auszubildenden – sollte einerseits für die stärkere Motivierung der Betriebe für eine rechtzeitige Personalentwicklung auf dem Wege der Erstausbildung genutzt werden. Andererseits sollten die mit diesem Wandel verbundenen quantitativen Ressourcenentlastungen für die Erhöhung der Ausbildungsqualität eingesetzt werden.
- Das bislang sehr dezidierte „Ausbildungsplatzversprechen“ der Landesregierung Brandenburg sollte wesentlich moderater gestaltet werden, insbesondere um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und die Eigenverantwortung der Wirtschaft sowie der Regionen zu stärken.
- Die modifizierte Fortsetzung von Unterstützungsmaßnahmen an der 1. Schwelle muss künftig stärker Problemlösungsansätze an der 2. Schwelle bereits prospektiv einbeziehen. Verbunden mit dem schrittweise möglich werdenden Zurückfahren der Ausbildungsplatzprogramme sollten die dabei frei werdenden Mittel für das Mainstreaming erfolgreicher Projekte an der 2. Schwelle eingesetzt werden.

Als Handlungsempfehlungen für Verbesserungen bei den der Berufsausbildung vorgelagerten Bildungsbereichen werden gesehen:

- Die Bildungsvoraussetzungen der Schulabgänger/-innen müssen dringend verbessert werden: Für eine Übergangszeit – bis grundlegende Verbesserungen in der allgemein bildenden Schule Raum gegriffen haben – sollten partielle Kompensationsmöglichkeiten innerhalb der Berufsausbildung entwickelt werden.
- Die Arbeitswelt- und Berufsorientierung der jungen Menschen ist bereits in der allgemein bildenden Schule zu intensivieren und realitätsnäher zu gestalten. Zur Herausbildung wirklichkeitsnäherer und auf die individuellen Voraussetzungen der Jugendlichen angepasster Berufswünsche muss auch eine effizientere Berufsorientierung der Berufsberatungsdienste der Arbeitsämter beitragen.

Zur Optimierung der (ungeförderten und geförderten) Berufsausbildung werden folgende Empfehlungen gegeben, wobei sich diese sowohl auf die Steigerung des Ausbildungsvolumens als auch auf die Verbesserung der Ausbildungsqualität beziehen:

- Das betriebliche Ausbildungsplatzangebot ist durch einen Mix verschiedener Maßnahmen zu erhöhen:
 - Die Möglichkeiten der Verbundausbildung sind noch umfassender und gezielter als bislang zu nutzen sowie bei gleichzeitiger Vereinfachung der Programmadministration auch gezielt öffentlich zu unterstützen.
 - Die große Zahl der Klein- und Kleinstunternehmen ist von formal-bürokratischen Aufgaben zu entlasten. Sie sollten darüber hinaus gehende Hilfestellungen erhalten, die geeignet sind, die Ausbildungsbeteiligung insbesondere dieser Betriebsgrößengruppe zu erhöhen.
 - Die bisher unterdurchschnittliche Ausbildungsleistung von Gebietskörperschaften und nachgeordneten Einrichtungen ist zu erhöhen.
 - Informationskampagnen können dazu beitragen, dass – angesichts des absehbaren demographischen Wandels – mehr Betriebe als bisher mittelfristig angelegte Personalplanungen betreiben. Diesbezüglich vorhandene Ansätze sind auszubauen. Die Verknüpfung berufsbildungspolitischer Intentionen mit sektor- bzw. wirtschaftszweigspezifischen Aktivitäten bietet die besten Chancen, Lösungsansätze zu entwickeln und voranzutreiben.
- Sowohl die Förderung seitens der Bundesanstalt für Arbeit zugunsten sozial Benachteiligter als auch die Ausbildungsplatzprogramme von Bund und Ländern sind mindestens bis zum Jahre 2008 bedarfsadäquat fortzusetzen, ohne damit die Unternehmen und die Wirtschaft aus ihrer Ausbildungsverantwortung zu lassen.
- Die Berufsstruktur der Auszubildenden in den beiden Hauptförderkomponenten zur Schließung der Ausbildungsplatzlücke ist im Zusammenwirken aller jeweils beteiligten Akteure bedarfsgerechter auszurichten. Insbesondere die wirtschaftlich (Kammern, Verbände und Unternehmen) sowie die wirtschafts- und strukturpolitisch aktiven Akteure stehen hier in der Verantwortung, das Defizit an validen Informationen zu künftigen Ausbildungsbedarfen zu beheben.
- Die Programmadministration ist bei der Umsetzung aller Förderkomponenten in verschiedenster Weise zu optimieren. Da partiell wichtige programmrelevante Informationen und zentrale Indikatoren fehlen, um die Programmumsetzung nachvollziehbar zu gestalten, um eine laufende (angemessene) Programmbewertung zu realisieren und die bestehenden Monitoring- und Controllingssysteme zu optimieren.
- Die Kooperation zwischen den Lernorten – Betrieb, Oberstufenzentrum und gegebenenfalls ergänzende fachpraktische Ausbildungsstätte (Bildungsdienstleister, ÜBS etc.) – ist zu verbessern und zu optimieren.
- Die bislang zu verzeichnende Stigmatisierung der Auszubildenden verschiedener Ausbildungsformen ist soweit wie möglich aufzubrechen. Dies kann einerseits präventiv durch den Abbau solcher Faktoren geschehen, die Stigmatisierungen hervorrufen. Dazu können andererseits aber auch kurative Maßnahmen beitragen, die zur Auflösung von Vorurteilen führen – beispielsweise durch eine differenzierte Darstellung der Stärken und Schwächen der verschiedenen Ausbildungsformen und mittels Transfer von good-practice bislang stigmatisierter Ausbildungsformen.
- Die vielfach anzutreffende Intransparenz der Förderlandschaft sowie bestehende Förderkonkurrenzen sollten durch Clearingstellen behoben werden.

Bezüglich der Verbesserung der Chancengleichheit werden folgende spezifische Handlungsempfehlungen vorgeschlagen:

- Auf besondere soziale Risikogruppen ausgerichtete Förderinstrumente – wie beispielsweise das Programm „Berufspädagogische Maßnahmen“ – sind mit allen relevanten Akteuren abzustimmen und arbeitsteilig sowie bedarfsadäquat fortzusetzen.
- Bislang geschlechtsspezifisch dominierte Berufsfelder sind insbesondere durch Information, durch das Aufzeigen von Chancen und Risiken für beide Geschlechter zu öffnen. Dabei gilt es sowohl Männer für Frauenberufe zu interessieren als auch Männerberufe für Frauen attraktiv zu gestalten.

Schließlich sollen Empfehlungen zur umfangreicheren Nutzung alternativer Berufsbildungswege außerhalb des Dualen System gegeben werden:

- Das Angebot an berufsfachschulischen Berufsbildungsgängen außerhalb von BBiG und HwO muss deutlich ausgebaut werden. Dabei sind jedoch nur solche Berufe und Berufsbilder zu berücksichtigen, die sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Betrieben auf Akzeptanz stoßen.
- Die bislang geringe Studierquote der jungen Brandenburger/-innen ist durch ressortübergreifende Aktivitäten zu erhöhen, wie beispielsweise durch Schaffung attraktiver dualer Studiengänge.

Diese beiden Handlungsempfehlungen sind besonders geeignet, Frauen attraktive Bildungsangebote zu unterbreiten und deren Einstiegschancen in das Erwerbsleben zu verbessern. Damit kann auch ein Beitrag zur Verringerung der Abwanderung junger Frauen aus dem Land Brandenburg geleistet werden.

1 Einleitung – Untersuchungsgegenstand, Aufgabenstellung sowie methodisches Vorgehen

Untersuchungsauftrag der vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg (MASGF) im Frühsommer 2001 in Auftrag gegebenen Studie „Zehn Jahre berufliche Erstausbildung im Land Brandenburg – Bilanz und Perspektiven der Förderkonzeption des Landes“ war es, im Rahmen einer Evaluation eine fundierte Analyse der Strukturen und der Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt in Brandenburg zu erstellen, um daraus Handlungsempfehlungen für die künftige Gestaltung der öffentlichen Unterstützung der beruflichen Erstausbildung im Land ableiten zu können¹. Untersuchungsgegenstand – des interdisziplinär zusammen gesetzten Evaluationsteams – war insbesondere die Förderkonzeption des Landes Brandenburg zur Unterstützung der beruflichen Erstausbildung als Ganzes, weniger die einzelnen Förderkomponenten im Detail.

Im Verlauf der Evaluation wurden vier Zwischenberichte vorgelegt, die sich einzelnen Aspekten der Untersuchung widmeten:

1. Der Ausbildungsstellenmarkt im Land Brandenburg im sozioökonomischen Kontext
2. Die Ausbildungszufriedenheit von jungen Brandenburgerinnen und Brandenburgern im Spiegel von Befragungsergebnissen
3. Erstausbildungspolitik in Brandenburg – Ergebnisse der Policy-Analyse
4. Kurz- und mittelfristige Entwicklungstrends am Ausbildungsmarkt in Brandenburg

Im Rahmen der Untersuchung kam ein Methodenmix zum Einsatz, der folgende Elemente enthielt:

- Literaturrecherchen,
- sekundärstatistische Analysen,
- primärstatistische Untersuchungen, v. a. standardisierte Befragungen von Teilnehmern/Teilnehmerinnen,
- explorative und problemzentrierte Experten- bzw. Expertinneninterviews,
- Akteursgespräche als Einzel- und Gruppeninterviews,
- Fallstudien,
- Policy-Analyse und
- Workshops.

Allen an der Evaluation unmittelbar und mittelbar beteiligten Personen sowie Institutionen sei an dieser Stelle vom Evaluationsteam – BBJ Consult, FU Berlin, ISA Consult und PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung – für die Kooperationsbereitschaft und die Hinweise gedankt.

¹ Wenngleich sich der Untersuchungsauftrag auf die Jahre 1990-2000 erstreckt, werden die im nachfolgenden Text dargestellten und analysierten Daten bis an den aktuellen Zeitrand geführt. In der Mehrzahl der Fälle ist dies das Jahr 2002.

2 Normative Ziele der Förderung beruflicher Erstausbildung – Schlussfolgerungen für die Evaluierung und gutachterliche Bewertungsmaßstäbe

Bildung ist – aus gesellschaftlicher Sicht betrachtet – von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Bildung unterstützt Beschäftigung, Strukturwandel und Wachstum, ist mithin Katalysator für neue Arbeitsplätze. Bildung ermöglicht zudem – aus individueller Sicht – die Teilhabe am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Sie trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei und unterstützt Chancengleichheit.

Innerhalb des bundesdeutschen Bildungssystems hat die Berufsbildung spezifische Funktionen auszufüllen, die sich von den Aufgaben anderer Bildungsbereiche – z. B. Schulbildung, Hochschulbildung, Weiterbildung – zwar unterscheiden, gleichwohl aber auch häufig mit diesen eng verbunden sind.

Vor diesem allgemeinen bildungspolitischen Hintergrund wurde am Beginn des Evaluierungsauftrages auf einem Experten-Workshop² zunächst analysiert, welche spezifischen Ziele auf der Agenda von Berufsbildungspolitik zu stehen haben. Die Diskussion verfolgte dabei den Zweck, diejenigen gutachterlichen Bewertungsmaßstäbe zu ermitteln, an denen sich die Förderung der beruflichen Erstausbildung durch die Landesregierung Brandenburg messen lassen muss.

Im Ergebnis des Workshops wurden die folgenden wesentlichen Ziele einer aktiven Berufsbildungspolitik identifiziert:

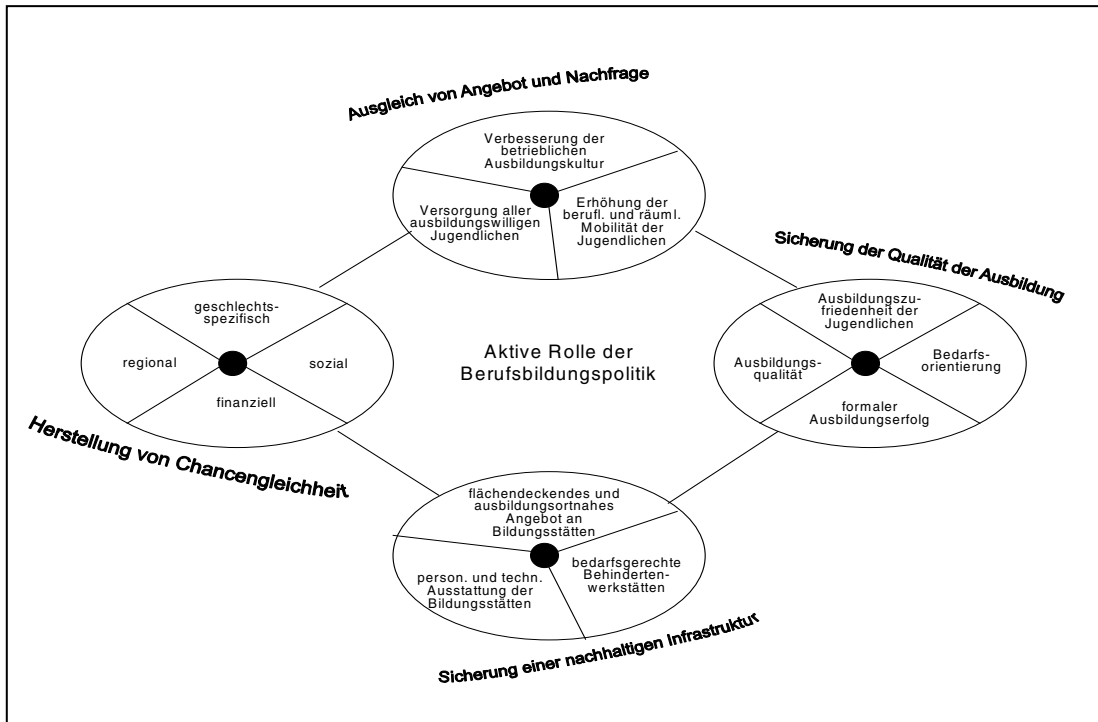
- quantitativer und qualitativer Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt,
- Sicherung der Qualität der Ausbildung,
- Herstellung der Chancengleichheit am Ausbildungsmarkt sowie
- Sicherung einer nachhaltigen Infrastruktur der Berufsbildung.

Hervorzuheben ist, dass die identifizierten Ziele als gleichberechtigt zu betrachten sind und somit keine eindeutige Zielhierarchie besteht. Zugleich ist darauf zu verweisen, dass diese vier Ziele der Berufsbildungspolitik in vielfältigen Wechselbeziehungen zueinander stehen und sich in einem komplexen Bedingungsgefüge gegenseitig beeinflussen – häufig positiv, teilweise aber auch Zielkonkurrenzen existieren. Zur Erreichung der benannten Ziele ist es schließlich unerlässlich, dass die geeignete Vernetzung aller für eine aktive Berufsbildungspolitik relevanten Akteure und deren Ressourcen gelingt.

² Dieser Workshop fand am 7.1.2002 in Potsdam unter Beteiligung von Vertretern/Vertreterinnen folgender Institutionen statt: BBJ Potsdam, Bundesinstitut für Berufsbildung, FU Berlin, Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen, ISA Consult Berlin, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung sowie Zentrum für Sozialforschung Halle.

Die benannten Ziele einer aktiven Berufsbildungspolitik weisen jeweils mehrere Zieldimensionen bzw. Zielaspekte auf. Diese präzisieren die vier grundsätzlichen Ziele der Berufsbildungspolitik in qualitativer und/oder quantitativer Hinsicht. Die wesentlichen Zieldimensionen sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Übersicht 1 Ziele und Zieldimensionen einer aktiven Berufsbildungspolitik im Überblick



Die Untersetzung der allgemeinen Ziele der Berufsbildungspolitik durch konkrete Zieldimensionen ist für den Evaluierungsauftrag insofern von untersuchungstheoretischer wie auch praktischer Relevanz, als dass erst auf dieser Grundlage geeignete (Ziel-) Indikatoren ermittelt werden können und somit eine Messung des Grades der Zielerreichung möglich wird.

Die identifizierten Ziele, Zieldimensionen und Zielindikatoren stellen damit die operationalisierten gutachterlichen Bewertungsmaßstäbe dar, die den nachfolgenden Analysen und Bewertungen zur Erstausbildungsförderung durch die Landesregierung Brandenburg zu Grunde gelegt werden. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden Ziele, Zieldimensionen und Zielindikatoren:

Übersicht 2 Gutachterliche Bewertungsmaßstäbe – Ziele, Zieldimensionen und Zielindikatoren

<i>Ziele</i>	<i>Zieldimensionen</i>	<i>Zielindikatoren</i>
(quantitativer und qualitativer) Ausgleich von Angebot und Nachfrage	Verbesserung der betrieblichen Ausbildungskultur	Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe Anteil der ausbildungsbeteiligten Betriebe Auszubildendenquote Anzahl und Anteil der betrieblichen an allen Ausbildungsstellen Anteil der nicht geförderten an allen Ausbildungsstellen Anzahl der Ausbildungsverbünde Anteil der nicht geförderten Ausbildungsverbünde
	Versorgung aller ausbildungswilligen Jugendlichen	Angebots-Nachfrage-Relation Einmündungsquote in betriebliche (und nichtbetriebliche) Ausbildungsstellen
	Erhöhung der beruflichen (Ausbildungswege, Berufswahl) und räumlichen Mobilität der Jugendlichen	Anzahl der gewünschten (Bewerbungen) sowie der tatsächlich besetzten Ausbildungsberufe und Anteil an allen Ausbildungsberufen Konzentration der Auszubildenden auf die am stärksten besetzten Ausbildungsberufe Ausbildungswegepläne der Jugendlichen Anzahl und Anteil der Ausbildungspendler

<i>Ziele</i>	<i>Zieldimensionen</i>	<i>Zielindikatoren</i>
Herstellung der Chancengleichheit	geschlechtsspezifisch	Geschlechterverteilung der Auszubildenden Geschlechterverteilung in den einzelnen Förderkomponenten Geschlechterverteilung in frauenunspezifischen sowie zukunftsorientierten Berufen Einmündungsquote in betriebliche und nichtbetriebliche Ausbildungsstellen nach Geschlecht Anzahl und Anteil der Abwandernden in % der Altersgruppe/Altersjahrgang nach Geschlecht
	regional	Angebots-Nachfrage-Relation nach Regionen Einmündungsquote in betriebliche (und nichtbetriebliche) Ausbildungsstellen nach Regionen Anzahl und Anteil der betrieblichen an allen Ausbildungsstellen nach Regionen Förderfallzahlen nach Regionen
	sozial	Anteil der Förderfallzahlen in berufspädagogischen Maßnahmen an den Förderfallzahlen aller Förderkomponenten insgesamt Förderfallzahlen in berufspädagogischen Maßnahmen insgesamt Anteil der Abiturienten an den Ausbildungsplatzbewerbern/-bewerberinnen
	finanziell	Schwankungsbreite der Ausbildungsvergütung in der betrieblichen und in der nichtbetrieblichen Ausbildung
Sicherung der (internen und externen) Qualität der Ausbildung	Ausbildungszufriedenheit der Jugendlichen	subjektive Einschätzung ihrer Ausbildungszufriedenheit durch die Jugendlichen Anzahl und Anteil der (positiven bzw. negativen) vorzeitigen Vertragslösungen

<i>Ziele</i>	<i>Zieldimensionen</i>	<i>Zielindikatoren</i>
	Gewährleistung eines definierten „Lernkanons“ an allen fachtheoretischen sowie fachpraktischen Ausbildungsorten (Ausbildungsqualität im engeren Sinne)	subjektive Einschätzung der Ausbildungsqualität durch Jugendliche und Ausbilder/-innen
	formaler Ausbildungserfolg	Anteil der bestandenen Prüfungen Prüfungsnoten
	(kurz- und/oder mittelfristige) Bedarfsorientierung einschließlich berufsstruktureller Effekte	Übergang in Arbeit nach der Ausbildung Anzahl und Anteil der Auszubildenden in neuen Berufen Berufsstruktur der einzelnen Förderkomponenten im Vergleich zur bundesweiten Berufsstruktur
Sicherung einer nachhaltigen Infrastruktur	flächendeckendes und ausbildungsortnahes Angebot an Bildungsstätten	
<u>(nicht Gegenstand der Evaluation)</u>	zeitgemäße und zukunftsorientierte personelle sowie technische Ausstattung der Bildungsstätten	
	quantitativ und qualitativ bedarfsgerechte Behindertenwerkstätten	

Hinzuweisen ist darauf, dass die vorstehend benannten Zielindikatoren in den nachfolgenden Betrachtungen – da wo möglich – sowohl nach Geschlecht als auch nach Förderkomponenten differenziert dargestellt und analysiert werden.

Zu berücksichtigen ist schließlich, dass das Ziel „Sicherung einer nachhaltigen Infrastruktur der Berufsbildung“ mit seinen Zieldimensionen und Zielindikatoren nicht Gegenstand des Evaluierungsauftrages war und daher nur am Rande betrachtet wird. Dies deshalb, weil in der jüngsten Vergangenheit diesbezügliche Gutachten erstellt wurden. Konkret handelt es sich um die folgenden Gutachten:

- Vom MBSJ wurde ein „Planungsgutachten zur Entwicklung der Oberstufenzentren im Land Brandenburg“ beauftragt, der entsprechende Bericht von der Freien Planungsgruppe Berlin im September 2000 vorgelegt.
- Im Auftrag des MASGF sowie den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg in Abstimmung mit dem Berufsförderungswerk des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg wurde in 2002 das „Planungsgutachten – Entwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten als Lernorte“ vom PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung erstellt, der Bericht im Mai 2003 vorgelegt.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen fließen, da wo erforderlich, in den vorliegenden Evaluierungsbericht ein.

3 Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Land Brandenburg 1990-2002 im sozioökonomischen Kontext

Die Entwicklung der Ausbildungssituation lässt sich statistisch im Wesentlichen an Hand von drei Quellen nachzeichnen: die Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zu den gemeldeten Ausbildungsstellen und den Bewerbern/Bewerberinnen, die Statistik des Bundesinstituts für Berufsbildung zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sowie die Statistik des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik zu den eingetragenen Ausbildungsverhältnissen. Diesen Statistiken liegen teilweise zwar unterschiedliche Erhebungszeiträume und Erhebungsmerkmale zu Grunde, so dass deren Verknüpfung partiell zu Unübersichtlichkeiten führt. Gleichwohl ist die Nutzung dieser Datenquellen der erfolgsträchtigste Weg, die wesentlichen Charakteristika der Entwicklung des Ausbildungsmarktes zu verdeutlichen³.

3.1 Eckdaten zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Land Brandenburg

3.1.1 Die gemeldete Nachfrage der Brandenburger Jugend nach Ausbildungsstellen

Die Zahl der bei den Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter gemeldeten Ausbildungsplatzbewerber/-innen⁴ ist mit Beginn der 90er Jahre stetig angewachsen und bewegt sich seit dem Jahrtausendwechsel auf einem außerordentlich hohen Niveau.

Die folgende Übersicht stellt nicht nur die Entwicklung der Zahl der gemeldeten Ausbildungsplatzbewerber/-innen dar, sondern deutet mittels weiterer Indikatoren – der Anzahl der 16- bis unter 19-Jährigen, der Zahl der Absolventen/-innen und Abgänger/-innen aus allgemein bildenden Schulen sowie der Zahl der in eine Ausbildung eingemündeten Jugendlichen⁵ – zugleich wesentliche sozioökonomische Hintergründe der Entwicklungstendenzen an:

³ Ausführliche Würdigungen der Möglichkeiten und Grenzen dieser Datenquellen beinhalten /Frank, Schuldt 2002a, S. 9 ff./, /Berger, Walden 2001, S. 2 ff./ sowie /MASGF 2001, S. 1/.

⁴ Die Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit ist zwar damit konfrontiert, dass die Einschaltung der Dienste der Berufsberatung sowohl für die Ausbildungsplätze suchenden Jugendlichen als auch für die Ausbildungsstellen anbietenden Unternehmen freiwillig ist. Gleichwohl bildet die Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen und der gemeldeten Ausbildungsstellen den größten Teil des Gesamtangebotes bzw. der Gesamtnachfrage ab. Allerdings ist auch darauf hinzuweisen, dass der Einschaltungsgrad von Jahr zu Jahr schwankt, so dass ein bestimmter Teil des Angebotes und der Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt nicht erfasst wird. Generell gilt, dass bei einem wachsenden Nachfrageüberhang der Einschaltungsgrad der Unternehmen in der Tendenz sinkt, derjenige der Jugendlichen steigt. Bei einem Angebotsüberschuss verhält es sich demgegenüber umgekehrt

⁵ Auszubildende des 1. Ausbildungsjahres in einer dualen, betriebsnahen oder außerbetrieblichen Ausbildung per 31.12. sowie Schüler/-innen des 1. Ausbildungsjahres im Kooperativen Modell per 1.2. des Folgejahres.